

Anmerkung unseres Lesers G.K.: Was meint der Spiegel mit seiner in der Überschrift aufgestellten Behauptung, der Jobmarkt sei "so stabil wie nie"? Welchen Maßstab legt der Spiegel zu Grunde? Das Unterschlagen dieses Maßstabes hat für den Spiegel den angenehmen Effekt, daß diese Behauptung nicht widerlegt werden kann.

Es ist schon beinahe ermüdend, die unkritischen Jubelarien unserer Medien zur offiziellen Arbeitslosenstatistik ("Job-Boom", "Jobwunder") zu kommentieren: Das allmonatliche Schweigen in nahezu allen Medien zur abnehmenden Qualität der Arbeitsplätze (auch der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze), zu dem höchst unseriösen Vergleich mit den Arbeitslosen- und Beschäftigungsdaten des Jahres 1991 (hier werden Äpfel mit Birnen verglichen) und zu den manipulativen Tricks der offiziellen Arbeitslosenstatistik (insbesondere dem Unterschlagen von zahlreichen Arbeitslosengruppen in der offiziellen Statistik). Siehe z.B. die Anmerkungen zu dem NachDenkSeiten-Beitrag "Minijobs im Wirtschaftsboom auf Rekordhoch".

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=11994#h07>

Zu der in diesem NachDenkSeiten-Beitrag angesprochenen massiven Ausweitung der zeitlich befristeten Arbeitsverträge (jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag wird nur noch zeitlich befristet) berichtete die Frankfurter Rundschau kürzlich unter Verweis auf eine OECD-Analyse über ein skandalöses Resultat der von nahezu allen deutschen Mainstreammedien kritiklos hochgejubelten Arbeitsmarkt-"Reformen":

<http://www.fr-online.de/wirtschaft/oecd-bericht-kluft-bei-einkommen-waechst-rasant,1472780,11500866.html>

"Beschäftigte mit einem befristeten Arbeitsvertrag müssen nicht nur mehr um ihren Arbeitsplatz bangen als ihre Kollegen mit einem unbefristeten Vertrag. Sie haben auch geringe Einkommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Forscher haben dabei Beschäftigte miteinander verglichen, die eine ähnliche Qualifikation haben. In Deutschland ist die Lohnkluft dabei besonders groß. Befristet Beschäftigte verdienen demnach etwa 35 Prozent weniger als vergleichbare Beschäftigte mit einem unbefristeten Job. Im OECD-Durchschnitt beträgt der Unterschied „nur“ etwa 25 Prozent. Dies gilt für Arbeitnehmer mit einem mittleren Einkommen. Bei Geringverdienern ist der Unterschied noch größer."

Die Berichterstattung zur Entwicklung sowohl der Dezember- als auch der aktuellen Januar-Arbeitslosigkeit verweist auf den Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen. Zu den saisonbereinigten Januar-Daten heißt es im Spiegel:

"Es seien aber ausschließlich jahreszeitliche Gründe, die die Zahl nach oben getrieben hätten, sagte der Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA) Frank-Jürgen Weise in Nürnberg. Ziehe man diesen saisonalen Effekt ab, seien sogar 34.000 Menschen weniger arbeitslos als im Vormonat."

Beim von der Bundesagentur für Arbeit angewendeten statistischen Verfahren zur Saisonbereinigung der Arbeitslosenzahlen werden die Saisonkomponenten als

langfristige Durchschnittswerte berechnet. Der Schwerpunkt der Durchschnittswerte liegt dabei auf den letzten drei Jahren. Dies bedeutet konkret: Das statistische Saisonbereinigungsverfahren berücksichtigt in den Wintermonaten einen "durchschnittlichen" Winter. Die Monate Dezember 2011 und Januar 2012 waren jedoch alles andere als "durchschnittliche" Wintermonate (der aktuelle Wintereinbruch wird sich erst in den Februar-Daten widerspiegeln). Somit dürfte der in den offiziellen Daten aufgezeigte Rückgang der saisonalen Arbeitslosigkeit deutlich überzeichnet sein. Auch wenn die Bundesagentur für Arbeit in ihrer schon Usus gewordenen Schönfärberei der Arbeitsmarktlage diesen Aspekt unterschlägt, so wäre es doch Aufgabe der Wirtschaftsredaktionen unserer sog. "Qualitätsmedien", hierauf aufmerksam zu machen.

Zum Einfluß der Demografie auf die Arbeitslosenzahlen heißt es im Spiegel:

"Nach Einschätzung von Hypovereinsbank-Volkswirt Alexander Koch profitiert der Arbeitsmarkt derzeit auch von der wachsenden Überalterung der deutschen Gesellschaft. Dadurch sinke die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter pro Jahr um 100.000 bis 150.000. Entsprechend weniger würden arbeitslos."

Dieser Effekt aus der "Überalterung" der Gesellschaft dürfte die Unternehmerverbände sowie unsere neoliberalen "Arbeitsmarktexperten" nicht sonderlich erfreuen, vermindert er doch zumindest theoretisch das Potenzial, Arbeitnehmer hinsichtlich Lohnhöhe und sonstiger Arbeitsbedingungen gegeneinander auszuspielen. Sollten die Daten des Statistischen Bundesamtes zutreffen, dann ist aus dem Blickwinkel der Neoliberalen jedoch "Rettung" in Sicht. So heißt es in einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes:

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=11925#h06>

"Großen Anteil an der positiven Entwicklung der Wanderungsergebnisse haben die Zuzugszahlen aus den im Jahr 2004 der Europäischen Union beigetretenen Staaten, vor allem aus Polen. Seitdem seit Mai 2011 für sie die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt, ziehen pro Monat durchschnittlich mehr als 28.000 Personen aus diesen EU-Staaten zu. In den ersten vier Monaten 2011 waren es nur rund 15 000."

Sollte die maßgeblich auch von der deutschen Dumpingpolitik mitverantwortende Krise in Europa andauern oder sich sogar noch weiter verschärfen, dann ist mit einem verstärkten Zuzug von arbeitslosen Menschen auch aus den europäischen Krisenstaaten zu rechnen. Dies würde mit dazu beitragen, den Druck auf die hiesigen Löhne und Gehälter auch in den kommenden Jahren aufrechtzuerhalten.